

"Blockade und Diplomatie" in Le Monde (11. Juli 1948)

Legende: Wenige Tage nach dem Beginn der Berliner Blockade am 24. Juni 1948 analysiert die französische Tageszeitung Le Monde die möglichen Auswirkungen der Blockade auf den Verlauf der Gespräche zwischen der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten und dem Vereinten Königreich über die Besetzung der Stadt durch die vier Siegermächte.

Quelle: Le Monde. dir. de publ. BEUVE-MÉRY, Hubert. 11.-12.07.1948, n° 1 075. Paris: Le Monde. "Blocus et diplomatie", p. 1.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/blockade_und_diplomatie_in_le_monde_11_juli_1948-de-73733ac6-87f6-4cbb-9262-90e831129520.html



Publication date: 06/07/2016

Blockade und Diplomatie

Die Noten Amerikas, Großbritanniens und Frankreichs zur Blockade Berlins, deren Wortlaut soeben veröffentlicht wurde, weisen lediglich einige Unterschiede in der Form auf. Alle drei heben hervor, dass Berlin nicht Teil der sowjetischen Zone ist. Die Besetzung durch die vier Besatzungsmächte beruht auf einem Abkommen zwischen den vier Besatzungsmächten, das sich seit langem bewährt hat und gegen die Interessen keiner von ihnen verstößt.

Dieses Abkommen wurde durch die sowjetische Militärregierung verletzt, die sämtliche Zufahrtswege gesperrt und so zwei Millionen Berliner von ihrer normalen Versorgung abgeschnitten hat; des Weiteren hat sie den Sitzungen der Kommandantur ein Ende bereitet und die Währung der Ostzone in der internationalen Zone, d.h. in Berlin eingeführt.

Dieser Eingriff der Sowjets hat eine dramatische Situation geschaffen (in der amerikanischen Note heißt es „unzulässig“), durch die die westlichen Mächte gezwungen sind zu erklären, dass sie nicht auf ihre Rechte verzichten und weder der Bedrohung noch dem Druck nachgeben werden. Sie fordern, dass die Meinungsverschiedenheiten gemäß Artikel 33 der Charta der Vereinten Nationen durch Verhandlungen geklärt werden.

In der französischen Note fehlt ein wichtiges Detail, da Frankreich sich nicht an dem Tauschgeschäft beteiligte, auf das es sich bezieht. Gemäß dem Abkommen von Jalta besetzten die amerikanischen und britischen Truppen nach Ende des Krieges Sachsen und Thüringen, die heute Teil der sowjetischen Zone sind. Am 14. Juni 1945 schlug Präsident Truman in einer Botschaft an Marschall Stalin vor, die amerikanischen Truppen bis zu den aktuellen Zonengrenzen zurückzuziehen, unter der Bedingung, dass zwischen den militärischen Befehlshabern zufrieden stellende Abmachungen getroffen werden, um den amerikanischen Streitkräften auf dem Schienen-, Straßen- und Luftwege Zugang nach Berlin zu geben.

Es gab einen Briefwechsel über dieselbe Frage zwischen Churchill und Marschall Stalin, der auf das vorgeschlagene Tauschgeschäft einging. Denn aufgrund eines Tauschgeschäfts wurde aus der Besetzung Berlins, die zunächst nur sowjetisch war, eine Vier-Mächte-Besetzung: ein unvorteilhafter Handel für die westlichen Mächte, da sie dadurch Thüringen und Sachsen mit ihren acht Millionen Einwohnern verloren, weil er die Grenze der amerikanischen Zone um 300 km nach Westen verlegte.

Hat die Erinnerung an dieses Tauschgeschäft, das zwar sehr interessant sein mag, mehr als nur einen historischen Wert? In Berlin soll man von dem Gedanken erschüttert gewesen sein, dass die westlichen Mächte die Stadt gegen Regionen eintauschen könnten, die sie eine Zeitlang besetzt hielten. Eine solche Operation scheint nicht wahrscheinlich, auch wenn es stimmt, dass die Sowjets die Blockade mit dem Recht des Stärkeren verhängt haben: Wenn sie glauben, die Partie gewinnen zu können, indem sie die Zufahrtswege sperren, warum sollten sie dann bereit sein, einen Preis für den ausschließlichen Besitz von Berlin zu zahlen?

In den Noten der drei Alliierten wird eine Viererverhandlung vorgeschlagen, die nach Wiederaufnahme des Verkehrs in Berlin stattfinden soll. Es wäre überraschend, wenn auf diesen Vorschlag eingegangen würde, da er bisher abgelehnt wurde, wenn er von Militärbefehlshabern unterbreitet wurde. Marschall Sokolowski konnte nur auf Anordnung seiner Regierung handeln. Diese müsste also ihre Meinung geändert haben.

Möglicherweise hat diese sich bereits einen Ausweg vorbehalten, indem sie erklärte, dass die Unterbrechung des Verkehrs aus „technischen“ Gründen notwendig war. Die sowjetische Botschaft in Washington würde die Bedeutung dieser technischen Gründe unterstreichen, die den Zugang über das Straßennetz, den Schienenverkehr und die Schleusen blockierte. Wir sind der Überzeugung, dass die Diplomatie der Technik zu Hilfe eilen könnte, jedoch nur unter bestimmten Bedingungen.

Der Verweis auf die Vereinten Nationen, den die Noten der drei Verbündeten enthalten, ist nicht dazu

angetan, Moskau zu beeindrucken, wo ein Veto bekanntlich jegliches internationale Handeln sabotieren kann. Die westlichen Alliierten würden einen Fehler begehen, wollten sie die Angelegenheit auf diese Art und Weise regeln. Genauso wenig werden sie zu einem Ergebnis kommen, wenn sie die Diskussion auf Berlin beschränken. Durch Verhandlungen kann nur dann etwas erreicht werden, wenn die Debatte weiter gefasst und auf ganz Deutschland sowie eventuell andere Themen ausgedehnt wird, was nach einigen Verzögerungen und harmlosen Disputen wie dem heutigen der Fall sein wird.